

Regierungsverhandlungen zu dritt starten

Am Montag ist noch einmal sondiert worden, gleich danach haben ÖVP-Chef Karl Nehammer, SPÖ-Chef Andreas Babler und NEOS-Chefin Beate Meini-Reisinger den nächsten Schritt verkündet: Sie kamen überein, eine Koalition zu dritt anzusteuern, und beginnen Regierungsverhandlungen. Doch, so Nehammer, am Ziel sei man nicht: „Der Ausgang der Verhandlungen ist noch offen.“

18. November 2024, 12.41 Uhr (Update: 18. November 2024, 13.51 Uhr)

Für Mittag hatten Nehammer, Babler und Meini-Reisinger erstmals gemeinsam zu einem Statement in das Wiener Palais Epstein geladen. Zuvor wurde noch ein letztes Mal sondiert, über das Wochenende holten sich die Verhandler auch grünes Licht von ihren Parteien. Die etwa via soziale Netzwerke ausgesendeten Signale waren da schon eindeutig: Echte Regierungsverhandlungen, die dann auch mit Dutzenden Fachgruppen in die Tiefe gehen, dürften sich ausgeben.

Die Verkündung kam schließlich am Montag – ein für Nehammer offenbar symbolisch relevantes Datum: Auch 2019 beschlossen ÖVP und Grüne, in Regierungsverhandlungen zu gehen, nachdem damals wie heuer auch die Nationalratswahl an einem 29. September stattgefunden hatte.

Man habe intensive und konstruktive Gespräche geführt, so Nehammer, um auszuloten, ob es eine gemeinsame Basis gebe. „Regieren ist niemals Selbstzweck“, sagte er weiter. Eine Koalition sei sinnvoll, wenn sie das Vertrauen der Bevölkerung zurückgewinnen und notwendige Reformen einleiten könne. Es brauche eine stabile und demokratisch legitimierte Regierung, so Nehammer, ein „Bündnis der Vernunft und politischen Mitte“.

Wirtschaftslage als große Herausforderung

Daher trete man nach der Phase der Sondierungen nun formell in Regierungsverhandlungen ein, sei aber deshalb noch nicht am Ziel, der Ausgang sei offen. Nehammer skizzierte auch seine Prioritäten in den weiteren Verhandlungen: eine Standortpolitik, „die Wachstum und Wohlstand sichert“, eine „Migrationspolitik, die die Bürgerinnen und Bürger nicht überfordert“, sowie notwendige Schritte in Gesundheit, Pflege und Bildung. Dafür brauche es einen ernsthaften Diskurs und professionellen Umgang. „Das habe ich bei SPÖ und NEOS wahrgenommen“, sagte Nehammer.

Babler meinte, es gebe „zwischen uns unbestritten sehr viele Unterschiede“, aber auch Gemeinsamkeiten. „Wir müssen nicht zusammenarbeiten, aber wir möchten zusammenarbeiten.“ Für die SPÖ seien die großen Themen Teuerung, Migration, Gesundheit und Klimaschutz, „alles eingebettet in einen notwendigen Wirtschaftsaufschwung“.

Gerade das Budgetdefizit und der hohe Konsolidierungsbedarf seien eine enorme Herausforderung, dafür habe man gleich zu Beginn der Gespräche eine Expertengruppe eingesetzt. „Ich bin vorsichtig optimistisch“, so Babler, dass ein Bündnis zu dritt gelingen könne. Dafür müsse man mitunter auch über den eigenen Schatten springen. Man müsse sich entfernen von einer Politik der Spaltung und der Minimalkompromisse.

Keine Antwort zu Vermögenssteuern

Meinl-Reisinger, deren Partei erstmals in Regierungsverhandlungen geht, sagte, zu dritt müsse ein Mehrwert herauschauen. Ein „Weiter-wie-bisher“ könne es nicht geben. Auch sie betonte aber, dass man erst am Anfang stehe, „es ist nicht schon alles fix“.

Die Prioritäten von NEOS lägen in der Bildung, „verknüpft mit einer stärkeren und fordernden Integration“, sowie Kinderbetreuung. Auch brauche Österreich den Aufschwung, die Wirtschaft brauche eine Perspektive. Man müsse die Wettbewerbsfähigkeit stärken und sich zum Standort bekennen. Auch die Verteidigungsfähigkeit Österreichs und der EU werde man thematisieren.

Inhalte ab Donnerstag

Den Themen wird man sich nun in Untergruppen widmen: „Hunderte Menschen sind an dem Prozess beteiligt“, so Nehammer. Am Donnerstag soll der inhaltliche Prozess losgehen, zuvor konstituieren sich die Verhandlungsgruppen – dem Vernehmen nach sind es sieben. Wie lange die Koalitionsverhandlungen dauern werden, lässt sich noch nicht abschätzen. „Wir bemühen uns, so schnell wie möglich zu verhandeln und gleichzeitig so lange wie nötig“, sagte Nehammer.

Tatsächlich gibt es unter den drei Parteien große Unterschiede: ÖVP und NEOS wollen keine neue Steuern, die SPÖ spricht sich für Vermögenssteuern aus. Die Frage, ob Babler davon abkehren werde, ließ der SPÖ-Chef vorerst unbeantwortet. Wirtschaftskammer-Chef Harald Mahrer, der Teil des ÖVP-Verhandlerteams ist, bekräftigte am Montag in der „Presse“ erneut: „Wir sind bereits ein Spitzensteuerland, deshalb lehne ich neue Steuern ab.“

Scharfe Kritik der FPÖ

Es ist das erste Mal seit 1945, dass Koalitionsverhandlungen im Dreierformat geführt werden.

Bei der Nationalratswahl wurde erstmals die FPÖ stimmenstärkste Partei. Doch keine andere Partei will mit ihr regieren. Bundespräsident Alexander Van der Bellen beauftragte daher die ÖVP mit der Regierungsbildung. ÖVP und SPÖ haben nach der Nationalratswahl zu zweit zwar eine Mehrheit im Nationalrat, allerdings mit nur einem Mandat Überhang eine äußerst knappe.

Heftige Kritik kam auch am Montag von der FPÖ: Generalsekretär Michael Schnedlitz sprach in einer Aussendung von einem „schwarzen Tag für die Demokratie in Österreich“. Die „Austro-Ampel‘ der Verlierer“ sei genau das, was die Menschen nicht gewählt hätten, stattdessen aber ein „Karl-Nehammer-Jobsicherheitspaket“, so Schnedlitz.